

EWN

Entsorgungswerk für
Nuklearanlagen



Pressespiegel

06.12.2022

Inhalt

EWN

1 US-Zeitung kritisiert Schwesig <i>Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt, 05.12.2022</i>	3
2 Kann ein Endlager den Naturgewalten trotzen? <i>Südkurier Konstanz, 05.12.2022</i>	4
3 Die nächste Stufe der Aufschieberei <i>Bayerische Staatszeitung, 02.12.2022</i>	6

📰 Schweriner Volkszeitung - Zeitung für die Landeshauptstadt | 05.12.2022 | S. 01-SSN SEITE 1

📄 Auflage: 17.219 | Reichweite: 47.760

👤 Uwe Reißenweber

US-Zeitung kritisiert Schwesig

New York Times nimmt Putin-freundlichen Kurs in MV und „falsche Klimastiftung“ ins Visier

Sie ist eine der größten und einflussreichsten Zeitungen der Welt – die New York Times. Jetzt können sich Ministerpräsidentin Manuela Schwesig und ihr Vorgänger Erwin Sellering (beide SPD) rühmen, dort mit einem langen Beitrag gewürdigt zu werden. Doch es ist ein eher zweifelhafter Ruhm: Die New York Times seziert das Geflecht um die umstrittene Klimaschutzstiftung MV und den Putin-freundlichen Kurs der beiden deutschen Spitzenpolitiker sowie von Altkanzler Gerhard Schröder (SPD) und seiner Nachfolgerin Angela Merkel (CDU). Die New York Times gilt als liberales Blatt in den USA.

Mit Hilfe der vom russischen Energiekonzern und vom Land MV finanzierten Stiftung wurde die Erdgaspipeline Nord Stream 2 fertiggebaut, um US-Sanktionen zu umgehen. Mittlerweile nimmt ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss im Landtag die Vorgänge unter die Lupe. Unter der Überschrift „Schattenarm eines deutschen Staates half Russland bei der Fertigstellung von Nord Stream 2“ schreibt die New York Times: „Die Androhung von US-Sanktionen gefährdete die Fertigstellung einer zweiten direkten Gaspipeline aus Russland. Also haben Gazprom und deutsche Be-

amate eine falsche Klimastiftung erfunden, um die Arbeit zu erledigen.“

Die Pipeline habe für Moskau und Berlin gleichermaßen Priorität gehabt, wobei deutsche Funktionäre beider großer Parteien als eifrige Cheerleader fungiert hätten. „Nirgendwo war das deutlicher als in Mecklenburg-Vorpommern, einem der ärmsten Bundesländer Deutschlands und einst Teil des ehemaligen kommunistischen Ostens, wo beide Pipelines an Land gehen.“

E-Mails, die aufgrund von Anfragen zur Informationsfreiheit von Aktivisten und Medien veröffentlicht worden seien, zeigten, dass „Nord Stream 2 die Satzung der Stiftung mitverfasst, Änderungen an Frau Schwesigs Regierung diktiert und Kommunikationsrichtlinien festgelegt hat“, schreibt das Blatt. Aber auch der damalige Finanzminister und heutige Kanzler Olaf Scholz (SPD) und Merkel hätten die Stiftung gekannt. Schwesig wies zurück, dass die MV-Regierung vom Kreml manipuliert worden sei: „Angeblich haben uns die Russen beeinflusst“, sagte die Regierungschefin der Times. „Wir wurden nicht beeinflusst, wir wollten die Pipeline.“

SÜDKURIER

📰 Südkurier Konstanz | 05.12.2022 | S. 3

📄 Auflage: 15.122 | Reichweite: 33.981

👤 Marko Krefting, dpa

Kann ein Endlager den Naturgewalten trotzen?

Atommüll soll eine Million Jahre gelagert werden Für große Sicherheit muss man dabei vieles beachten Experten für Geologie beantworten wichtige Fragen

Die Erde bebt, Sturzfluten reißen Ortschaften mit sich, dicke Eisschichten verformen die Welt: Kaum zu glauben, dass es angesichts solch mächtiger Naturgewalten einen Ort geben soll, an dem eine Million Jahre lang 1900 Behälter mit deutschem Atommüll sicher aufbewahrt werden können. Schon in 1000 Jahren verändert sich der Boden sehr, nicht zuletzt infolge des Klimawandels – sollte man meinen. Kein Wunder also, dass die Endlagersuche erst jüngst einen Dämpfer erfuhr. Ein Standort soll nun doch nicht bis 2031 gefunden sein. Das dürfte aber nicht daran liegen, dass es keine supersichere langfristige Lagerstätte geben kann, wenn man den Fachleuten zuhört.

Nach dem Standortauswahlgesetz wird ein Ort gesucht, der „Sicherheit für den dauerhaften Schutz von Mensch und Umwelt vor ionisierender Strahlung und sonstigen schädlichen Wirkungen dieser Abfälle für einen Zeitraum von einer Million Jahren gewährleistet“.

Millionen Jahre alte Schichten

Selbst eine Million Jahre seien aus geologischer Sicht nicht viel, sagt Professor Michael Kühn vom Deutschen Geoforschungszentrum (GFZ). „Schichten, die wir aussuchen werden, liegen schon seit Hunderten Millionen von Jahren unverändert dort – das tun sie sehr wahrscheinlich auch weiter.“ Auch das Bundesamt für die Sicherheit der nuklearen Entsorgung (BASE) weist auf das „umfassende Verständnis der geologischen Gesamtsituation und der Entstehung der Gesteine in der Vergangenheit“. Das ermögliche, künftige Prozesse einzuschätzen.

Zwar gibt es in Deutschland Erdbeben, aber die sind weder sehr häufig noch sehr stark. Sie seien jedoch ein wichtiger Hinweis auf Risse im Gestein. „Wir können sicher sagen, wo es entsprechend instabile Zonen gibt“, sagt der Professor. „Wir können auch Erdbeben messen, die wir nicht spüren.“ Sollten sich künftig aus Rissen aktive Zonen bilden, würde man das ziemlich sicher heute schon erkennen, erklärt er.

Regionen, die seismisch aktiv sind oder zum Beispiel in der Nähe zu vulkanischen Aktivitäten liegen, sind ohnehin ausgeschlossen, wie Horst Geckeis vom Institut für Nukleare Entsorgung am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) erklärt. Wiederum seien Tonformationen, die man in der Schweiz für ein Endlager ausgewählt hat, rund 175 Millionen Jahre alt, Salzlagerstätten in Deutschland etwa 250 Millionen Jahre. „Innerhalb eines Zeitraums von 1000 Jahren sind für Formationen, die für die Endlagerung als günstig bewertet werden, allenfalls geringfügige Veränderungen zu erwarten.“

Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) verdeutlicht: Per Gesetz grundsätzlich ausgeschlossen seien Gebiete, in denen beispielsweise eine großräumige Hebung von mehr als einem Millimeter pro Jahr binnen einer Million Jahre zu erwarten ist oder in den vergangenen 34 Millionen Jahren Brüche in den Gesteinsschichten der oberen Erdkruste stattgefunden haben. „Aktive Störungszone“ nennt man das.

Auch klimatische Veränderungen müssten berücksichtigt werden, räumen die Expertinnen und Experten ein. Weil das Endlager aber Hunderte Meter tief unter der Erdoberfläche liegen soll, werden laut BGR Überschwemmungen und Starkregenereignisse keine Auswirkungen haben. Dagegen, dass während der Einlagerung der Atomabfälle Oberflächenwasser in das Endlager-Bergwerk dringt, würden Vorkehrungen getroffen.

„Was wir beim Klima berücksichtigen müssen, sind Eiszeiten“, sagt GFZ-Wissenschaftler Kühn. In einer Million Jahre könne man mit bis zu zehn Eiszeiten rechnen. „Selbst wenn die Klimaerwärmung anhält, werden es vermutlich acht bis neun, in denen wir mächtige Eisschilde bekommen könnten in Deutschland.“ Hierbei müsse man sogenannte Erosionsrinnen erwarten und berücksichtigen. Grundsätzlich werde die Vereisung so großflächig sein, dass große Gebiete der Bundesrepublik unter der Last gleichmäßig absinken

– und beim Tauen wieder angehoben werden. Darauf zurückzuführende Veränderungen im Grundwasser spielten wegen der Tiefe des Endlagers aber keine Rolle.

Wenige Meter Gestein nötig

Die Tiefe ist letztlich auch relevant mit Blick auf die radioaktive Strahlung. Die Gammastrahlung, die am gefährlichsten ist, wird Kühn zufolge schon von wenigen Metern Gestein abgeschirmt. Alphastrahler hingegen könne man bedenkenlos in die Hand nehmen, sie dürften aber nicht in den Körper gelangen. Wichtige und auch gefährliche Spaltprodukte wie Cäsium 137 und Strontium 90 mit Halbwertszeiten von rund 30 Jahren seien in 1000 Jahren nahezu vollständig zerfallen, erläutert KIT-Professor Geckeis.

Die Gesamtradioaktivität verringert sich seinen Angaben zufolge etwa um einen Faktor 10 und werde nach 1000 Jahren durch langlebige Radionuklide wie Plutonium und Americium bestimmt. Das BASE erläutert ganz allgemein, dass sich die Strahlung nach 1000 Jahren schon stark verringert haben wird. „Jedoch ist selbst dann aufgrund der hohen Halbwertszeiten einiger Radionuklide der radioaktive Zerfall der eingelagerten Abfälle noch lange nicht abgeschlossen. Die Intensität der Radioaktivität ist zu diesem Zeitpunkt immer noch erheblich.“

Formationen aus Tonstein, Steinsalz oder Kristallgestein wie Granit in mehreren Hundert Metern Tiefe und ein Endlagerkonzept aus mehreren Barrieren werden Geckeis zufolge die Langzeit-Sicherheit eines Endlagers gewährleisten. Ein Wechsel der Behälter sei innerhalb einer Million Jahre weder erforderlich noch vorgesehen. Je nach Konzept sollen dickwandige Stahlbehälter mit 30 bis 40 Zentimetern Wandstärke oder – wie in Skandinavien vorgesehen – solche mit korrosionsresistenten Beschichtungen etwa aus Kupfer genutzt werden. „So wird in Schweizer Sicherheitsbetrachtungen angenommen, dass ein Stahlbehälter in einem Endlager im Tonstein für mindestens 10 000 Jahre intakt bleibt“, erklärt Geckeis. Danach eventuell austretende radioaktive Stoffe halte das umgebende Tongestein zurück.

Nach dem Standortauswahlgesetz muss jedoch gewährleistet sein, den Atommüll bis zu 500 Jahre nach dem Verschluss doch noch einmal bergen zu können, wie die BASE erläutert. „Sollte ein solch unerwünschter Fall eintreten, dann könnte es sein, dass die Endlagerbehälter für den weiteren Prozess ein weiteres Mal

gewechselt werden müssen.“ Die Betreiber der Atomkraftwerke haben für die sichere Verwahrung der Abfälle rund 24 Milliarden Euro bereitgestellt. Nach Verschluss des Lagers, der bisher etwa gegen Ende dieses Jahrhunderts geplant ist, und der Überführung in den sogenannten passiv sicheren Zustand sollten Geckeis zufolge keine weiteren Kosten anfallen.

Ein Faktor lässt sich aus wissenschaftlicher Sicht allerdings schwer kalkulieren, wie GFZ-Forscher Kühn deutlich macht: „Das Unsicherste, was wir haben, ist der Mensch.“ Was der tut oder welche neuen Überlegungen zur Endlagerung noch kommen, lasse sich überhaupt nicht vorhersagen.

Endloses Verfahren: Die Suche nach einem Endlager für den deutschen Atommüll könnte sich noch bis 2068 hinziehen. Wie aus Unterlagen der Bundesgesellschaft für Endlagerung (BGE) hervorgeht, werden von diesen zwei „exemplarische Szenarien“ für die Auswahl untersucht. Im schnelleren Szenario könnte bis 2046 feststehen, wo der Atommüll gelagert werden soll. Im anderen brauchen die Vorarbeiten demnach bis 2068. Zuvor war 2031 als Termin für die Standortfestlegung angestrebt worden.

Vorläufige Zwischenlagerung: Bislang stehen die meisten deutschen Behälter mit hochradioaktivem Atommüll im Zwischenlager im niedersächsischen Gorleben. Lange hielt die Politik daran fest, in dem Salzstock darunter ein Endlager zu errichten. Gebaut wurden bereits zwei Bergwerkschächte bis zu 900 Meter Tiefe. Das endgültige Aus kam im September 2020, als die BGE entschied, dass der Salzstock von Gorleben ausscheidet. Geblieben sind Kosten von rund 1,7 Milliarden Euro für die Erkundung und Hunderte Millionen Euro für die Castor-Transporte.

Schweiz hat ihren Standort: Nach fast 50-jähriger Suche haben sich die Schweizer Behörden für den Standort eines Atommüll-Endlagers entschieden. Das geologische Tiefenlager soll nun im Gebiet Nördlich Lägern an der deutschen Grenze entstehen. Die Nationale Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) hält dies für den sichersten Standort. Die dortige Gesteinsschicht von Opalinus-Ton habe die beste Barrierewirkung und ist am weitesten von der Erdoberfläche entfernt, hieß es.

„Das Unsicherste, was wir haben, ist der Mensch.“ - Michael Kühn, Wissenschaftler am Deutschen Geoforschungszentrum

 Bayerische Staatszeitung | 02.12.2022 | S. 15

 Auflage: 17.056

 Heinz Wraneschitz

DIE SUCHE NACH EINEM ATOMMÜLLENDLAGER WIRD NICHT WIE GEPLANT IM JAHR 2031 ABGESCHLOSSEN SEIN, SONDERN WOHL IRGENDWANN ZWISCHEN 2046 UND 2068

Die nächste Stufe der Aufschieberei

Stein und Bein hatte die BGE geschworen, die Bundesgesellschaft für Endlagerung mbH in Peine, dass sie 2031 die Suche nach dem Standort für ein deutsches Atommüll-Endlager abgeschlossen haben werde. Und so steht es auch im Standortauswahlgesetz, kurz StandAG. Das hatte 2017 der Deutsche Bundestag beschlossen.

Doch schon die erste Aufgabe hat besagte bundeseigene BGE nicht wirklich auf die Reihe bekommen. Statt wie allgemein erwartet ein gutes Dutzend möglicher Standortregionen hat die BGE im September 2020 gleich 90 Regionen als für das deutsche Atommüllloch geeignet bezeichnet. Und seither ist über die Hälfte der Bundesrepublik potenzielles Teilgebiet. Dann folgte die mehrteilige „Fachkonferenz Teilgebiete“, deren Ablauf und Ergebnisse sogar das neutrale „Nationale Begleitgremium“ mehrfach ziemlich undiplomatisch kritisierte.

Vorgehen überdenken

Aber weder diese noch die Kritik vieler Teilnehmender an der Fachkonferenz brachten die BGE oder deren „Aufsichtsbehörde“ BASE, das Bundesamt für die Sicherheit der Nuklearen Entsorgung, dazu, ihr Vorgehen ernsthaft zu überdenken. Vor allem die vom Gesetzgeber im StandAG vorgegebene Selbstorganisation und Beschlüsse der Teilnehmenden wurden vom BASE schlichtweg ignoriert.

Zwar läuft derzeit die Öffentlichkeitsbeteiligung der Bürger*innenschaft an der Endlagersuche offiziell weiter. Doch von der Öffentlichkeit wird dieses „Forum Endlagersuche“ kaum wahrgenommen.

Mitten hinein in dieses seit einem Jahr laufende – manche sagen Selbstbefriedigungsforum – Forum Endlagersuche veröffentlichte die BGE am Martinstag, dem 11. November 2022, ein Diskussionspapier. Wobei schon das Wort „veröffentlicht“ nicht stimmt. Denn wie BGE-Öffentlichkeits-Chefin Dagmar Dehmer auf

Nachfrage bestätigt, „finden Sie es noch nirgends. Und Sie werden es auch nicht finden. Die BGE wird rechtzeitig vor dem vom PFE geplanten Workshop zum Zeitbedarf am 13. Januar 2023 eine Unterlage mit den für den Zeitbedarf der BGE relevanten Informationen veröffentlichen. Das angesprochene Diskussionspapier ist genau das: ein Diskussionspapier, das sich nicht an die Öffentlichkeit richtet und genau deshalb auch noch nicht fertig ist.“

Trotzdem ist ein ganz wesentlicher Punkt in die Öffentlichkeit gelangt: Nicht mehr 2031, sondern „eine Zeitspanne von 2046 bis 2068 für eine Standortentscheidung“ werde darin genannt, schreibt das BASE. Ansonsten verweist die Pressestelle des Bundesamts auf die BGE, „da die dieses Papier verfasst hat“.

Und was sagt die zuständige Grüne Bundesumweltministerin Steffi Lemke dazu, dass die BGE einfach so die Festlegung auf einen Atommüll-Endlagerstandort um 15, wahrscheinlich eher 37 Jahre nach hinten schiebt? Öffentlich bisher nur ein Mal, und zwar im „Frühstart“ von ntv. Dort sagte sie, dass der gesetzlich vorgesehene Betriebsstart eines Endlagers für radioaktive Abfälle bis 2050 nicht mehr garantiert werden kann.

Lemke begründete die Verzögerung damit, dass man „Neuland“ betrete. Weltweit sei noch kein einziges Endlager in Betrieb. Es müsse ein ganz neues Prinzip für die extrem lange Lagerung des radioaktiven Mülls entwickelt werden. „Wir wollten es anders machen als damals, als mit einer politischen Entscheidung einfach für Gorleben entschieden wurde von Vorgängerregierungen.“ Damals sei es nicht um die Sicherheit gegangen, sondern darum, das Endlager möglichst an die Grenze zur damaligen DDR zu setzen. „Wir sagen, Sicherheit muss der Maßstab sein, weil wir Müll für viele Generationen hinterlassen, der hochgiftig, der strahlend ist.“ Trotzdem steht bis heute auf der Webseite des BMUV, dass die Endlager-Standortsuche „bis zum Jahr 2031 abgeschlossen ist“.

Raimund Kamm hat zu dieser offensichtlichen Arbeitsverweigerung der BGE eine ganz klare Meinung. Der Vorstand des „FORUM Gemeinsam gegen das Zwischenlager und für eine verantwortbare Energiepolitik e. V.“, welches sich rund um das immer noch laufende Atomkraftwerk Gundremmingen (Landkreis Günzburg) organisiert hat, empfindet die Verzögerung des Auswahlprozesses „völlig inakzeptabel. Die BGE muss die Prozesse überprüfen, es muss schneller gehen.“ Dabei hat er vor allem die Atommüll-Zwischenlager im Blick. Gegen das in Gundremmingen betriebene führt sein Forum seit Jahren ein Klageverfahren, „weil es gefährlich ist. Es ist zum Beispiel nicht gegen Terrorangriffe geschützt.“ Die Forderung sei deshalb, zumin-

dest neue, etwas sicherere Zwischenlager zu bauen. Doch nicht einmal von der – inzwischen sogar neue Atomkraftwerke nicht mehr ausschließenden – bayerischen Staatsregierung gebe es dafür eine Unterstützung, so Kamm.

Die Atommüll-Endlagersuche könnte gar zur (fast) unendlichen Geschichte werden, wenn sich die BGE mit ihren jetzt genannten zeitlichen Vorstellungen durchsetzt. Aber vielleicht hat ja genau jene Bundesgesellschaft die Suche bereits im Jahre 2020 abgebrochen? Zu diesem Zeitpunkt jedenfalls endet auf der Webseite der BGE www.bge.de/de/endlagersuche/geschichte-der-endlagersuche/ die „Geschichte der Endlagersuche“.